

Roter Komet

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Redaktionssitz: bis momentan abgelaufene Nummernpreise: 20 Pf. für die Rottmannsche Ausgabe; aber diesen an den bestellbaren Teil einer Zeitung 100 RM. Anzeigenpreise und Werbeaufnahmen ab 9 Uhr am in der Spezialität Dresden-M., Güterbahnhofstraße 2

Nummernpreis: frei nach wesentlich 2,50 RM (abholbar im Verlag), durch die Post 3,20 RM (ohne Aufschluss). Die "Arbeiterkunde" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In allen höheren Gewalt beläuft sich Aufpreis auf Weiterleitung der Zeitung oder auf Zurückhaltung des Belegpostes.

Verlag: Dresdner Verlagsgeellschaft mbH, Dresden-M., Güterbahnhofstraße und Industrie-Güterbahnhofstraße, 2. Raum 17-20. Polizeidienst: Dresden 18. Zeitungsredaktion: Montags 16-18 Uhr, alle übrigen Tageszeiten: Mittwochs 17-18 Uhr, betriebs- und arbeitsrechtliche Beratungen: Dienstags 15-19 Uhr, juristische Beratungen: Freitags 15-19 Uhr, juristische Beratungen:

6. Jahrgang

Dresden, Montag den 22. Dezember 1930

Nummer 297

SPD-Arbeiter rufen:

Einheitsfront der Arbeiter gegen Faschismus

Arbeiterbriefe an die Betriebsleitung der KPD / Ausruf eines KPD-Funktionärs zum Zusammenschluß / Mobilisiert alle Betriebe und Stempelstellen zum Kampf Kongress gegen Faschismus

Zahlreiche SPD-Arbeiter traten im Laufe der letzten Wochen zur KPD über. Aus der gütenden Gütigkeit mit der verantwortlichen Führung der KPD wird mehr und mehr die klare Erkenntnis von der Notwendigkeit, sich in die KPD einzutragen zu müssen.

Von der Stimmung innerhalb der SPD-Mitgliedschaft spricht nun deutlich die vielen Briefe, die der Bezirksleitung und den Interbezirksteilungen zugehen. Wir veröffentlichen einige Schreiben auszugsweise:

"Wir werden es schaffen!"

Der Genosse O. Sch. aus Einsiedel bei Chemnitz schreibt folgendes:

Auf Deine Anfrage, warum ich nach ca. 20-jähriger Mitgliedschaft der SPD den Rücken lehne, muß ich Dir erwählen, daß die SPD keine Arbeiterpartei mehr ist, sondern eine Arbeiterschäftsgruppe.

Jeder denkende und in der Opposition stehende SPD-Arbeiter muß dieses Partei den Rücken lehnen; denn eine fruchtbare Arbeit wird diese Partei für uns nicht mehr leisten. Es ist mir eine Freude, die rote Front zu fördern und dir mit beweisen, daß noch gewaltige Arbeit zu leisten ist, bevor wir zum Ziel: Sozialdeutschland, kommen. Aber wir werden es schaffen; denn die SPD gibt uns genügend Material zur Agitation, um die Millionen-Anhänger mit dem eigenen Material ihrer Führer zu überzeugen.

"Empört über den Verrat der 'linken' Führer"

Ein anderer Brief des Genossen P. H. aus Leipzig lautet unter anderem:

Dein Schreiben vom November dastand erhalten, freue ich mich doch, daß die Führung der KPD solch großes Interesse an jedem einzelnen Mitglied hat, wo dieses bei der SPD nicht der Fall ist...

Der größte Teil der SPD-Gegenseite ist empört über den Verrat der "linken" Führer, viele sind schon ausgetreten, haben aber den Weg noch nicht zur KPD gefunden. Ich werde es als meine größte Pflicht halten, diese Gewissensfülle uns zu gewinnen, zum Wohl der gesamten Arbeiterschaft.

"Ich kann nach reißlicher Überlegung"

Der Genosse R. P. aus Alt-H. bei Z. schreibt uns:

Im letzten Wahlkampf wurde die Regierung Brünning als die reaktionärste seit der Revolution von der SPD aufs schwere bekämpft. Man brüllte hinaus in alle Winde: Brünning mit dieser Regierung! Fort mit der Notverordnung, die durch geschwindige Anwendung mit Hilfe des Artikels 48 entstanden ist! Wählt KPD!

Nach der Wahl gab man dieser Regierung das Bestreben. Man wollte die Notverordnung als eine "Notwendigkeit" hin. Man ging als Anhänger dieser Regierung durch Düsseldorf und Düsseldorf. Der Weg, den diese Regierung heute geht, ist der, den ihr erst die Müller-Regierung gezeigt hat. Ich bin durch reißliche Überlegung zu der vollen Überzeugung gekommen, daß ich nur der Partei angehören kann, die meine Interessen als Arbeiter und insbesondere als Schwerarbeiter vertritt, und das kann nur die KPD sein. Ich fordere alle Genossen auf, die noch der SPD angehören, dasselbe zu tun: Austritt aus der SPD — Eintritt in die KPD.

"Jungarbeiter, geht meinen Weg"

Der vor kurzem zu uns übergetretene Funktionär der KPD, Genosse R. Klaus K., richtet mit seinem Brief eine Mahnung an seine ehemaligen Jugendgenossen, indem er schreibt:

Unsatt die von der SPD und SAZ geprägte Einheitsfront in die Tat umzusetzen, seien sie alles daran, die Einheitsfront des Proletariats zu reißen. Geständiger Verrat der SPD und SAZ-Führung brachte starke Anhänger des Faschismus. Um so klarer ist demgegenüber der revolutionäre Kampf des Kommunistischen Jugendverbandes; dieser Schweigt die Massen des Jungproletariats zur Einheitsfront zusammen.

Darum, Genossen der SAZ, junge Arbeiter im bürgerlichen, christlichen und anderen Jugendorganisationen, geht meinen Weg, reicht ab mit euren Führern! Tretet ein in den kommunistischen Jugendverband!

Ausruf des KPD-Funktionärs

Berlin, 22. Dezember. (Eig. Drucksendung.)

Die KPD nahm Verständnis am Sonnabend einen Aufruf eines KPD-Funktionärs, in dem es heißt:

Arbeitengenossen, Proletarier! Wo langjähriges Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, jetzt Friedebrüder,

Einzelnummer 10 Pfennig.
Bei Zeitungshändlern und in allen Städten erhältlich.

Ortsgruppen!
Habt ihr schon Vorbereitungen zum
Kampfkongress
gegen Faschismus
getroffen?

Sachsen

hain, wende ich mich, angelebt von den Taten unserer "Führer", denen wir bei der Reichstagswahl unser Vertrauen schenken, auf diesem Wege an euch.

Von unsren, durch verlogene Parolen in den Reichstag gewählten "Genossen", wie Müller usw., ist nur Verrat zu erwarten. Diese Herren mit ihren Riesengehältern haben keinen Sinn für die Not unseres Volkes. Gestützt auf Gußmühlspül und Revolver des "Parteigenossen" Seevering, unterstehen sie die Hungerdiktatur über das notleidende Volk. Mit Mühlen und Entlastung wende ich mich ab von der Partei der "Völkerbefreienden Sozialdemokratie" und rufe euch zu:

Sammelt euch um das rote Banner der proletarischen Einheitsfront! Die Kommunisten reichen euch die Hand zum gemeinsamen Kampf! Besucht die kommunistischen Veranstaltungen und Versammlungen! Lest die kommunistische Presse! Rüttet die auf, die jetzt noch nicht begriffen haben, worum es geht! Seid über Euerkenntnissen den Weg, den uns Müller und Wels wiesen. Dieser Weg führt uns ins Verderben und zum Faschismus. Der Faschismus wird seinen Einzug halten, wenn das Proletariat bis dahin nicht die Einheitsfront gehofft hat und nicht weiter auf Müller und Wels hört.

Parteigenossen! Denkt an den Kapp-Putsch! Denkt des Reichs und des Betriebs! Hinweg mit der Führerlique!

Reicht euch über die Köpfe der gelauften Verräter mit den Komunisten die Hände! Es lebe der wahre Sozialismus! Schreit euch um das Banner Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs! R. S., KPD-Funktionär, Berlin-Friedrichshain.

* * *

Was bedeutet das, wenn man eine solche Sprache spricht? Was bedeutet es, wenn man derartige vernichtende Kritik ehemaliger Sozialdemokraten hört?

Das heißt, mit der Ausplünderung der Klassengegensätze, mit der brutalen Unterdrückung des revolutionären Proletariats durch die faschistische Staatsdictatur, erkennen immer mehr Arbeiter, nur eine einheitliche, geschlossene, eiserne Kampffront der Arbeiterschaft ist in der Lage, dem Willen des Faschismus Einhalt zu gebieten.

Was bedeutet es aber, wenn man heute seitens einiger "linken" KPD-Funktionäre die Bildung eines sogenannten "Sozialistischen Reichsbundes gegen den Faschismus" propa-

giert? Wenn man heute schon eifrig über die Bildung einer zweiten SPD (USPD) in verschiedenen Kreisen der "linken" Sozialdemokratie diskutiert?

Das heißt: erneute Spaltung der Arbeiterschaft, erneuter Schrödung der Kampffront der Arbeiterschaft.

Können wir in einer solchen ernsten Situation eine weitere Zersetzung der Arbeiterschaft gebrauchen?

Sollen wir warten, bis der Faschismus noch brutaler, noch rücksichtsloser seine Terrorbanden auf die revolutionäre Front loslässt?

Nein, sagen wir, sondern proletarische Einheitsfront ist das Gebot der Stunde!

Wenn am 17. und 18. Januar in Dresden der Kampfkongress gegen den Faschismus tagt, so muß es die Pflicht eines jeden Arbeiters, ganz gleich welcher proletarischen Organisation er angehört, sein, dafür zu sorgen, daß auf dieser Kongress hunderttausende Arbeiter ihre Delegierten entsenden. Unter der Kontrolle der Massen der sächsischen Arbeiterschaft muß dieser Kongress ein Kampf zum weiteren Vorsprung gegen den Faschismus werden.

Sozialdemokratische Arbeiter, Klassengenossen!

Erkennt den Ernst der Stunde, lasst euch nicht wieder zur weiteren Spaltung der Arbeiterschaft missbrauchen. Schreit euch zu einer engen, unzerbrechlichen Kampffront zusammen.

Nur eine einheitliche, geschlossene, mit revolutionärer Überzeugung durchdrungene Massen wird einen Siegreichen Kampf gegen den Faschismus bestehen.

Nehmt Stellung in euren Organisationen zur Wahl von Delegierten! Der Blick hunderttausender sächsischer Arbeiter muß an den Tagen des Kampfkongresses nach Dresden gerichtet sein.

Sie alle müssen sagen: Heute liegt in Dresden das

Parlament der revolutionären Arbeiterschaft von Sachsen!

Seine Beschlüsse sind unsere Beschlüsse. Wir sind bereit zu kämpfen für ein

freies sozialistisches Deutschland!

... und Seevering im Bunde mit Faschisten

Kommunisten entlarven nationalsozialistische Hetze und Bürgerkriegserüstungen an der polnischen Grenze

Genosse Selbmann (Oberschlesien) hieß im Preußischen Landtag Absehung mit der nationalsozialistischen Hetze und den Bürgerkriegserüstungen in Oberschlesien, wobei er zugleich auch Seevering die Antwort der Kommunisten auf seine diplomatischen Maßnahmen vom Donnerstag gab. Genosse Selbmann führt u. a. aus:

Man will in Oberschlesien eine Selbstschutz- und Terrorbewegung wie 1921, obwohl Hunderttausende von Flüchtlingen und Geflüchteten von damals heute noch nicht irgendwie entschädigt oder aufgenommen sind. Diese neue Hetze organisiert auch der "Reichsbannerfamerad" Wittkamp, der in Oppeln davon sprach, daß das Volk einmütig zusammenstehe, um unter Führung des Reiches und Preußens die Grenzen gegen Störenfriede zu schützen. Es darf dabei allerdings nicht vergessen werden, daß das Reich mit denselben polnischen Störenfrieden ein Liquidationsabkommen geschlossen hat, in dem auf 2,5 Milliarden RM Entschädigungen zum Schaden der nicht entschädigten Flüchtlinge vereinbart wurde, um mit Polen in Einheitsfront gegen die Sowjetunion zu kommen.

In der nationalen Einheitsfront fehlt auch nicht Seevering, der am Donnerstag sagte, daß die Regierung nichts veräumt hat, um die "nationale Einheitsklimme" zu erzeugen. Die nationalen Einheitsfronten sind auch tatsächlich neben den öffentlich-rechtlichen Körperschaften

den oberländischen Landesschulen, Kreigervereinen, heimatreuen Oberschlesiern, ländlichen Bürgergruppen

Parteien, Nationalsozialisten, vom ADGB und der KPD unterzeichnet. (Hört, hört! b. d. Komm.)

Die nationale Einheitsfront geht also von dem Prälaten Ullrich über den Deutschnationalen Kleiner, dem Nazi-abgeordneten und Streitbrecher Filisch bis zur KPD und dem ADGB. Der Zweck ist, den Arbeitern vorzutäuschen, Oberschlesien steht wieder einmal "einnützig" gegenüber.

Die Kommunistische Partei, die in Oberschlesien die stärkste aller Parteien ist, hat mit diesem nationalen Kummel nichts zu tun. Sie hat an den Bürgerversammlungen fest nicht teilgenommen. Hintert der KPD steht die oberösterreichische Arbeiterschaft, insbesondere die der Bergbaustadt, sehr restlos.

Auch die Kommunistische Partei erklärt den Terror polnischer Banden gegen deutsche Minderheiten in Oberschlesien für

eine Schande. Es ist der schändliche Terror, den der Faschismus überall, wo er regiert, gegen Minderheiten anwendet. In Polen richten sich die Schindanten des Pilsudski-Faschismus aber nicht in der Hauptsache gegen die deutsche Minderheit, sondern gegen die revolutionäre Bewegung. (Schr. wahl! b. d. Komm.) Die Führer der deutschen Arbeiterschaft befinden sich in Freiheit, verhaftet sind alle Führer der Kommunistischen Partei. (Hört, hört! b. d. Komm.)

Genosse Selbmann hilderte an zahlreichen Beispielen die schrecklichen Greueln, die dabei in großer Zahl gegen revolutionäre Bauern und Arbeiter von den Pilsudski-Faschisten begangen wurden und über die man in der deutschen Einheitsfrontpreis kein Wort verlor. Die Hitlerianer, die in Oberschlesien polnische Arbeiter überfallen und verprügeln, sind auf die deutschen Verbündten übertragen, die deutschen Bojowlas. Während drüber in Polen die Anhänger der Deutschen verprügeln und ermorden. Sie wollen den faschistischen Terror nicht nur aufrichten, sondern sie praktizieren ihn bereits jeden Tag, während sie von nationaler Einheitsfront reden.

Während die Kleiner und Winterfeldt hier als Heimkrieger Artikel schreiben und Anträge fabrizieren, gehen kommunistische Abgeordnete, wie es unser Genosse Tunkel getan hat, hinüber nach Polen, um mit den polnischen Kommunisten, Arbeitern und Bauern den Kampf gegen den faschistischen Pilsudski-Terror zu organisieren. (Schr. wahl! b. d. Komm.) Dazu haben die Kleiner Straße und Konjunktur, die eine Wiertelstunde von der Front wohnen, nicht den Mut. Das Aktienkapital in Polnisch-Oberschlesien befindet sich ja größtenteils im deutschen Händen und die deutschen Kapitalisten fühlen sich unter dem polnischen Faschismus genau so wohl wie unter Brünning und Hindenburg (Hört, hört! b. d. Komm.)

Die deutschen Arbeiter wissen, daß wenn die Nazis befragt, hunderttausend "national zuverlässige" Leute legal zu bewaffnen, dies nichts anderes bedeutet, als die Rechte zu geben, Zeit auf die Arbeiterschaft loszulassen. (Schr. wahl! b. d. Komm.)

Diese Bewaffnung der "verbündeten" erfolgt schon jetzt. Gemeinsam hat um unsere bislang ungünstigsten Fragen diplomatisch herum-